

Reinhard Kardinal Marx:

Vortrag beim Symposium zum 60jährigen Jubiläum des Walter-Eucken-Institutes

Freiburg, 17.1.2014

Es gilt das gesprochene Wort!

Ordnungspolitik als Versöhnung von Markt und Moral.

Potenziale und Grenzen der Freiburger Idee aus der Sicht der Katholischen Soziallehre

Vorbemerkungen

Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme, scheint es mir angebracht, etwas zu meinen Gründen zu sagen, warum ich gerne der Einladung gefolgt bin, auf diesem Symposium aus Anlass des 60-jährigen Jubiläums des Walter-Eucken-Instituts zu sprechen. Wir beschäftigen uns heute mit dem Thema: „Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – Ordnungspolitische Perspektiven“. Der eine oder andere wird sich vielleicht fragen, wieso ich als katholischer Bischof und Kardinal mich diesem Thema stelle. Marktwirtschaft, Ordnungspolitik – sind das nicht zu weltliche Themen für einen Mann der Kirche?

Ich möchte auf diese Frage mit einem Zitat von Joseph Kardinal Höffner antworten, dem langjährigen Erzbischof von Köln und Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz. Er war wie ich vor seiner Zeit als Bischof Professor für Christliche Sozialethik. Und ein Zitat von ihm passt sehr gut zu dem heutigen Anlass. Denn zwischen Joseph Höffner und Walter Eucken gibt es ja eine interessante Verbindung. Höffner war als junger Priester 1937 von seinem Trierer Bischof nach Freiburg geschickt worden, um sich dort an der Universität in Theologie zu habilitieren. Das tat er auch. Aber er schrieb sich zusätzlich für Volkswirtschaftslehre ein und studierte bei Walter Eucken. 1939 bestand er sein Diplom und promovierte dann bei Eucken zu dem Thema *Wirtschaftsethik und Monopole im 15. und 16. Jahrhundert*. Das ist eine der wichtigen Arbeiten zur Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsethik der spanischen Spätscholastiker, von denen Joseph Schumpeter geschrieben hat, sie seien „mehr als jede andere Gruppe die ‚Begründer‘ der Wirtschaftswissenschaft geworden.“¹

¹ Joseph A. Schumpeter, *Geschichte der ökonomischen Analyse*, Göttingen 1965, Bd. 1, 143.

Höffner hat in seiner Dissertation herausgearbeitet, dass die Spätscholastiker bereits entscheidende Elemente einer liberalen Wettbewerbstheorie formuliert hatten.

Höffner ist dem ordnungspolitischen Denken in der Tradition Walter Euckens zeitlebens verbunden geblieben, zunächst als Professor für Christliche Sozialwissenschaften in Münster und auch später, als er Bischof wurde. Noch 45 Jahre nach seinen Freiburger Jahren hat er sich in seinem Eröffnungsreferat bei der Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe 1985 mit dem Thema „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik“ beschäftigt. Und seine einfache, aber treffende Begründung für diese Themenwahl lautete: „Die Geschichte lehrt, daß Freiheit und Würde des Menschen weithin vom Ordnungssystem der Wirtschaft abhängen.“²

Und das ist auch die Antwort, die ich denjenigen geben möchte, die sich vielleicht fragen, warum ich heute sehr gerne der Einladung gefolgt bin, an diesem ordnungspolitischen Symposium teilzunehmen. Denn wenn es stimmt, dass Freiheit und Würde des Menschen weithin vom Ordnungssystem der Wirtschaft abhängen – und Sie teilen mit mir sicher die Überzeugung, dass das stimmt – dann steht es doch wohl außer Frage, dass sich die Kirche auch mit Fragen der Ordnungspolitik beschäftigen muss. Denn dann berührt dieser Themenkomplex nach unserem Selbstverständnis sozusagen eine Kernkompetenz der Kirche. Die Kirche beansprucht in Fragen der Wirtschaftspolitik wie auch in anderen politischen Bereichen kein eigenes Mandat, sie hat keine eigenen politischen Programme oder technische Lösungen anzubieten.³ Aber sie begreift sich, um ein viel zitiertes Wort von Papst Paul VI. aufzugreifen, als „Expertin in Menschlichkeit“⁴. Und wenn die Kirche sich mit Fragen der Wirtschaft und der Ordnungspolitik auseinandersetzt, dann geht es ihr um genau das: um Menschlichkeit in der Wirtschaft und um eine menschliche Wirtschaft.

Das muss man sich immer vor Augen halten, sonst kommt es zu Missverständnissen. Solche Missverständnisse sind es meiner Ansicht nach auch, die dazu geführt haben, dass Papst Franziskus für sein am 24. November promulgiertes Apostolisches Schreiben *Evangelii Gaudium* in den Wirtschaftsteilen mancher deutscher und ausländischer Zeitungen zum Teil harsch kritisiert worden ist. Diese Reaktion ist meines Erachtens auf eben jenes Missverständnis zurückzuführen, das ein päpstliches Schreiben mit einem

² Joseph Höffner, *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik. Richtlinien der katholischen Soziallehre*, Eröffnungsreferat bei der Herbstvollversammlung der DBK, Bonn 1985, 5.

³ Vgl. Benedikt XVI., *Caritas in Veritate* 9.

⁴ Paul VI., Ansprache vor den Vereinten Nationen am 4.10.1965;

http://www.vatican.va/holy_father/paul_vi/speeches/1965/documents/hf_p-vi_spe_19651004_united-nations_fr.html (abgerufen am 10.12.2013).

wirtschaftstheoretischen oder wirtschaftspolitischen Traktat verwechselt. Darum geht es Papst Franziskus aber gar nicht. Er wollte keine theoretische Abhandlung schreiben, sondern tatsächliche Missstände und schreiende Ungerechtigkeiten anprangern.

„Diese Wirtschaft tötet“⁵, schreibt der Papst. Und manche Wirtschaftsredakteure haben zur Antwort darauf vorgerechnet, wie die Einführung der Marktwirtschaft in China und anderen Ländern Asiens zur Vermehrung des Wohlstands und zum Rückgang der Armut geführt hat. Das stimmt ja auch. Und deswegen ist die Kirche ja auch eine Befürworterin der Marktwirtschaft. Auch Papst Franziskus kennt die Vorzüge der Marktwirtschaft. Aber was ist denn die Konsequenz, die mit solchen Rechnungen nahe gelegt wird? Soll das heißen, dass man über das Schicksal der chinesischen Wanderarbeiter großzügig hinwegsehen soll? Dass man nicht sagen darf, dass dort Unrecht geschieht? Oder dass man es achselzuckend hinnehmen soll, wenn in Bangladesch wieder hunderte Arbeiterinnen und Arbeiter bei dem Brand oder Einsturz einer Textilfabrik sterben? Soll das heißen, dass man es als Kollateralschaden akzeptieren soll, dass nach Einschätzung der Weltbank durch die Finanzmarktkrise Millionen Menschen in den Entwicklungsländern weiter in existentielle Armut abgerutscht sind und so hunderttausende Kinder gestorben sind? „Diese Wirtschaft tötet“ – soll ein Papst diese Tatsache nicht aussprechen dürfen, wenn selbst die Weltbank sie ausspricht? Ich sage klar: ich finde, dass der Papst das meiner Meinung nach nicht nur darf, sondern dass es sogar seine Aufgabe ist, das auszusprechen.

Aber ja, es stimmt auch: Die weltweite Verbreitung der Marktwirtschaft im Zuge der Globalisierung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Bekämpfung der Armut in der Welt. Das ist die Komplexität unserer heutigen Wirklichkeit. Zu deren Beschreibung taugt keine Schwarz-Weiß-Malerei. Aber trotzdem gibt es auch Opfer in dem realen Prozess der Globalisierung. Trotzdem stimmt mit Blick auf den real existierenden Kapitalismus der Satz: „Diese Wirtschaft tötet.“

Es geht Papst Franziskus nicht um eine vergleichende Gewinn- und Verlustrechnung der Globalisierung. Sondern er tut das, was die Aufgabe der Kirche ist, die in jedem Menschen ein Kind und ein Ebenbild Gottes sieht. Er spricht im Namen der Opfer. Und er kritisiert die sozialen Zusammenhänge und Strukturen, die sie zu Opfern machen. Er fordert uns auf, unsere moralische Verantwortung für diese Menschen wahrzunehmen, indem wir die Globalisierung gestalten – nicht nur nach Effizienz-Gesichtspunkten, sondern auch unter der Perspektive der Gerechtigkeit und der Teilhabe aller, besonders der Armen.

⁵ Franziskus, *Evangelii Gaudium* 53.

Die Kirche ist nicht gegen die Marktwirtschaft und steigende Bruttonutzenprodukte. Aber sie fordert im Namen derer, die im Schatten noch so glänzender Wirtschaftsstatistiken stehen, dass wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt miteinander Schritt halten sollten. Papst Franziskus vertritt daher keinen „besonders grobschlächtigen Antikapitalismus“⁶, wie geschrieben worden ist, sondern er kritisiert eine besonders grobschlächtige Art des Kapitalismus. Wie ich überhaupt der Meinung bin, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus begrifflich doch genauer unterschieden werden müssen⁷. Und deshalb gehe ich so weit zu behaupten, dass hier eine Gemeinsamkeit zwischen ihm bzw. der Tradition der kirchlichen Soziallehre auf der einen Seite und dem Ordoliberalismus im Sinne von Walter Eucken auf der anderen Seite besteht. Und damit bin ich auch schon mitten in meinem Thema: „Ordnungspolitik als Versöhnung von Markt und Moral. Potenziale und Grenzen der Freiburger Idee aus der Sicht der Katholischen Soziallehre“.

Die moralische Dimension des Ordoliberalismus

Ich bin mir dabei natürlich bewusst, dass der Titel meines Vortrages bereits eine starke und begründungspflichtige These enthält. Die These nämlich, dass die Freiburger Idee der Ordnungspolitik auf eine Versöhnung von Markt und Moral gerichtet ist. Vermutlich sind manche von Ihnen skeptisch.

Und ich stelle mir vor, dass auch einer der großen Ordnungstheoretiker und Ahnherren des Eucken Instituts skeptisch wäre: Friedrich August von Hayek, der 1962 von der University of Chicago hierher nach Freiburg gewechselt war, um das Erbe Euckens fortzuführen. Hayek hat bekanntlich geradezu allergisch auf jeglichen Versuch reagiert, moralische Ansprüche an den Markt zu stellen. Besonders deutlich wird das in seiner tief empfundenen Abneigung gegen die Idee und den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“. Er bemerkt dazu einmal: „Mehr als zehn Jahre lang habe ich mich intensiv damit befasst, den Sinn des Begriffs ‚soziale Gerechtigkeit‘ herauszufinden. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluss gelangt, dass für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat.“⁸ Einen ganzen Band seines dreibändigen Hauptwerkes *Recht, Gesetzgebung und Freiheit* hat Hayek dem Kampf gegen *Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit* gewidmet.

⁶ Rainer Hank, Die Kirche verachtet die Reichen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 01.12.2013.

⁷ Reinhard Kardinal Marx, Wider die Dämonen des Kapitalismus, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 15.12.2013

⁸ Friedrich A. von Hayek, Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien, hrsg. v. Wolfgang Kerber, Tübingen 1996, 181.

Denn er hat die Idee der sozialen Gerechtigkeit nicht nur für unsinnig, sondern für höchst gefährlich gehalten, und zwar weil er der festen Überzeugung war, dass sie die Freiheit unterminiert und allmählich zerstören wird.

In dieser Ansicht Hayeks liegt nun allerdings nicht nur ein Widerspruch gegenüber der kirchlichen Soziallehre, die die zentrale Bedeutung des Werts sozialer Gerechtigkeit immer betont hat, sondern hier besteht offensichtlich auch ein gewisser Dissens innerhalb der Freiburger Schule selbst. Denn ganz im Gegensatz zu Hayek schreibt Walter Eucken in seinen berühmten *Grundsätzen der Wirtschaftspolitik* von 1952: „Das Anliegen der sozialen Gerechtigkeit kann nicht ernst genug genommen werden.“⁹ Eucken schreibt dies sieben Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Er hatte miterlebt, dass der Aufstieg Hitlers und des Nationalsozialismus nicht nur politische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Gründe gehabt hatte. Deswegen ist die Ablehnung der Idee der sozialen Gerechtigkeit, wie sie sich eine Generation später bei Hayek findet, für ihn undenkbar. Es geht ihm tatsächlich um eine Versöhnung der Idee der sozialen Gerechtigkeit mit der liberalen Idee der Freiheit. Das wird in seinen weiteren Zeilen sehr deutlich: „Es [das Anliegen der sozialen Gerechtigkeit; Verf.] hat die verantwortlich Denkenden in den letzten Jahrzehnten erneut bewegt, und sie an der gegebenen Ordnung zweifeln lassen. Aber die Hoffnung, die bis zum ersten Weltkrieg weite Kreise beherrschte, dieses Anliegen durch Einführung staatlich geleiteter Wirtschaft und Sozialisierung des Eigentums verwirklichen zu können, ist inzwischen durch die Erfahrungen weithin zerstört. Man sieht sich zurückverwiesen auf freiheitlichere Ordnungsformen – eine Wendung, die zu vollziehen viele freilich noch zögern.“¹⁰

Man kann meines Erachtens Euckens Projekt der Freiburger Schule dahingehend deuten, dass er seinen Zeitgenossen diese Wendung zu freiheitlicheren Ordnungsformen erleichtern wollte, und zwar indem er in seinem Modell des Ordoliberalismus den weithin empfundenen Widerspruch zwischen Markt und Gerechtigkeit aufzulösen versuchte. Das meine ich mit der Freiburger Idee von Ordnungspolitik als Versöhnung von Markt und Moral.

Dieses Ziel hängt bei Eucken und anderen Ordoliberalen der ersten Stunde eng zusammen mit geschichtlichen und biografischen Erfahrungen. Und hier spielt der christliche Glaube dieser Männer eine wichtige Rolle. Wir alle kennen Eucken heute als den Begründer der Freiburger Schule. Nur wenigen ist er aber noch in Erinnerung als zentrale Figur des Freiburger Kreises, einer Widerstandsgruppe in der Zeit des Nationalsozialismus. Dieser Freiburger Kreis bestand

⁹ Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 7. Aufl., Tübingen 2004, 315.

¹⁰ Ebd.

im Kern aus Wissenschaftlern der Albert-Ludwigs-Universität, darunter neben Eucken auch Franz Böhm und Constantin von Dietze.¹¹ Die meisten Mitglieder dieses Kreises gehörten der Bekennenden Kirche an, es waren aber auch einige Katholiken dabei wie zum Beispiel der spätere Freiburger Erzbischof Hermann-Josef Schäufele. Einige Mitglieder des Freiburger Kreises erarbeiteten auf Bitten von Dietrich Bonhoeffer bis zum Frühjahr 1943 eine politische Denkschrift, die die Neuordnung Deutschlands nach dem Krieg und dem Ende der Nazi-Diktatur vorbereiten sollte. Der Abschnitt zur Wirtschafts- und Sozialordnung wurde dabei im Wesentlichen von Eucken, Dietze und Adolf Lampe verfasst.

Diese Freiburger Denkschrift enthält bereits die grundlegenden ordnungspolitischen Ideen des Ordoliberalismus. Diese werden aber eben – und das ist für den Zusammenhang unserer Fragestellung interessant – in einen genuin christlich-sozialethischen Begründungszusammenhang gestellt. Die Autoren schreiben etwa: „Die Wirtschaft hat den lebenden und künftigen Menschen zu dienen, ihnen zur Erfüllung ihrer höchsten Bestimmung zu helfen. [...] Sie bedarf der gesicherten Rechtsordnung und der festen sittlichen Grundlage. Läßt sie die Menschen innerlich verkümmern, ihren Persönlichkeitswert und ihre Würde zugrunde gehen, so werden die mit einem entseelenden Apparat aufgeführten Riesenbauten bald wieder zusammenstürzen.“¹²

Hier ist das angesprochen, was in der klassischen Katholischen Soziallehre als das „Sachziel der Wirtschaft“ bezeichnet wird. Joseph Höffner definiert dieses Sachziel in dem bereits erwähnten Referat aus dem Jahr 1985 wie folgt: „Der Sinn der Wirtschaft liegt weder – rein formalistisch – im bloßen Handeln nach dem ökonomischen Rationalprinzip, noch in der Technokratie, noch in der bloßen Rentabilität, noch im größtmöglichen materiellen ‚Glück‘ einer größtmöglichen Menschenzahl. Auch wäre es irrig, die Wirtschaft als Befriedigung von Nachfrage durch Bereitstellung eines entsprechenden Angebots zu definieren; denn dann entspräche die Deckung sinnloser oder schädlicher Bedürfnisse dem Sachziel der Wirtschaft. Das Sachziel der Wirtschaft besteht vielmehr in der dauernden und gesicherten Schaffung jener materiellen Voraussetzungen, die dem einzelnen und den Sozialgebilden die menschenwürdige Entfaltung ermöglichen.“¹³

¹¹ Siehe dazu und zum Folgenden Arnd Küppers, Die Soziale Marktwirtschaft als gesamteuropäisches Kulturgut, in: Peter Schallenberg/Piotr Mazurkiewicz (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union, Paderborn u.a. 2012, 11-26, hier: 22 f.

¹² In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises (1943), in: Brakelmann, Günter/Jähnichen, Traugott (Hrsg.), Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband, Gütersloh 1994, 341-362, hier: 345.

¹³ Höffner (Anm. 2), 24.

Hier liegt also, und das möchte ich noch einmal nachdrücklich betonen und festhalten, eine wesentliche Gemeinsamkeit zwischen den Ordoliberalen und den katholischen Sozialwissenschaftlern nach dem Zweiten Weltkrieg. Beide Gruppen betonten, dass sie eine neue Wirtschaftsordnung anstrebten, die nicht nur Effizienz, sondern ein menschenwürdiges Leben für alle garantieren sollte. Alexander Rüstow, der bekanntlich auf dem Walter-Lippmann-Colloquium von 1938 den Begriff des „Neoliberalismus“ prägte, sieht gerade hier einen der entscheidenden Unterschiede gegenüber dem Alt- bzw. Paläoliberalismus. Um diesen Kern des neoliberalen Projektes schon begrifflich stärker herauszustellen, hat Rüstow den Terminus der Ordnungspolitik zu dem Begriff der „Vitalpolitik“ erweitert. Er erläutert das folgendermaßen: „Vital ist dasjenige, was die ‚vita humana‘, was das menschliche Leben, das menschenwürdige Leben fördert. Es ist unsere neoliberale Meinung, dass diese Vitalpolitik, diese Politik, die sich auf den Marktrand bezieht, eine durchaus überragende Bedeutung hat, während der Markt nur Mittel zum Zweck ist.“¹⁴

Ich finde übrigens, dass es außerordentlich bedauerlich ist, dass der Begriff des Neoliberalismus inzwischen verwendet wird, um eine heute grassierende marktradikale kapitalistische Ideologie zu bezeichnen. Bei Eucken, Rüstow und ihren Weggefährten sehen wir, dass die ursprünglichen und eigentlichen Neoliberalen selbst diese Ideologie zeitlebens bekämpft haben. Und es ist auch bedauerlich, dass selbst unter manchen, die sich der klassischen Ordnungspolitik verpflichtet fühlen, die kulturelle und moralische Dimension dieses Projektes in Vergessenheit geraten zu sein scheint. Ich denke dabei noch einmal daran, dass auch mancher ordnungspolitisch orientierte Wirtschaftsredakteur versucht hat, die Kapitalismuskritik von Papst Franziskus mit einer Gewinn- und Verlustrechnung der Globalisierung zurückzuweisen. Eine solche besonders grobschlächtige Art des Utilitarismus hätten die klassischen Ordoliberalen sicher weit von sich gewiesen. Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass sie die bei der Würde des Einzelnen, *jedes* Einzelnen, ansetzende Argumentation des Papstes sehr wohl verstanden hätten.

Neben Alexander Rüstow hat vor allem Wilhelm Röpke zeitlebens immer wieder auf diese gemeinsame Wertebasis von Neoliberalismus und Katholischer Soziallehre hingewiesen. Und sie waren durchaus frustriert, dass ihnen manche katholische Sozialethiker nach dem Zweiten Weltkrieg noch lange mit Skepsis und der althergebrachten Kapitalismuskritik begegneten. Röpke schrieb 1964 in der Frankfurter Allgemeinen, dass er geneigt sei, „darauf sarkastisch

¹⁴ Alexander Rüstow, Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus, in: Geiß, Franz/ Meyer, Fritz W. (Hrsg.), Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festgabe für Alfred Müller-Armack zum 60. Geburtstag, Berlin 1961, 61-70, hier: 68.

zu antworten, daß selten in der Geschichte so sperrangelweit offene Türen mit solcher feierlichen Wucht aufgestoßen worden sind. Es ist durchaus zutreffend, was einer von uns, nämlich der vor kurzem uns durch den Tod entrissene Alexander Rüstow, in einer Diskussion mit katholischen Theologen ausgesprochen hat: Was diese als neoliberale Wirtschaftsauffassung verwürfen, das nannten er und seine Freunde altliberal, und sie bekämpften es zum Teil mit den gleichen Argumenten; was ihnen aber als katholische Sozial- und Wirtschaftslehre gegenübergestellt würde, wäre im großen und ganzen das, was er und seine Freunde als neoliberal verteidigten.“¹⁵ Der Eucken-Schüler Joseph Höffner war es dann maßgeblich, der durch sein Wirken dazu beigetragen hat, das anfängliche Unverständnis und die Vorbehalte zwischen Neoliberalen und katholischen Sozialwissenschaftlern abzubauen.

Moralische Potenziale und Grenzen von Ordnungspolitik

Ich denke, ich habe damit bis hierher deutlich gemacht, inwieweit ich die Versöhnung von Markt und Moral als eine zentrale Idee oder Intention des Ordoliberalismus verstehe. Ich möchte mich nun in einem nächsten Schritt der Frage zuwenden, wie versucht wird, diese Intention auf dem Weg der Ordnungspolitik zu verwirklichen. Daran soll sich dann die im Titel meines Vortrags angekündigte Kritik der Möglichkeiten und Grenzen dieser Idee aus Sicht der Katholischen Soziallehre anschließen.

Ich habe bereits aus seinen *Grundsätzen der Wirtschaftspolitik* zitiert, dass für Eucken das Anliegen der sozialen Gerechtigkeit nicht ernst genug genommen werden kann. Wenn man den Abschnitt weiter liest, dann wird schnell deutlich, dass er das Ziel der sozialen Gerechtigkeit weitgehend in den Zusammenhang seiner ordnungspolitischen Gesamtkonzeption einordnet. Da wird dann auch deutlich, dass der oben markierte Unterschied zu Hayek inhaltlich gar nicht so weit geht, wie man zunächst einmal vermuten könnte. Eucken fasst seine Position wie folgt zusammen: „Soziale Gerechtigkeit sollte man also durch Schaffung einer funktionsfähigen Gesamtordnung und insbesondere dadurch herzustellen suchen, daß man die Einkommensbildung den strengen Regeln des Wettbewerbs, des Risikos und der Haftung unterwirft.“¹⁶

Das ist nun, wenn Sie so wollen, das Proprium der Freiburger Idee für die Versöhnung von Markt und Moral. Hier kann man auch nicht mehr so ohne Weiteres von einer völligen

¹⁵ Wilhelm Röpke, *Der Markt im Dienste der Gesellschaft. Mißverständnisse „linker“ Christen und Heiden*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 14.03.1964.

¹⁶ Eucken (Anm. 8), 317.

Übereinstimmung mit der Katholischen Soziallehre sprechen. Hier werden vielmehr auch Unterschiede deutlich.

Auch wenn ich mir bewusst bin, dass ich damit Eulen nach Athen trage: Gestatten Sie mir bitte, dass ich zur Entwicklung meines eigenen Gedankens ganz kurz dieses institutionenethische Proprium der Freiburger Idee noch einmal in Worte fassen. Es läuft darauf hinaus, dass das Ziel der sozialen Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft wesentlich durch den marktlichen Wettbewerb selbst zustande kommt. Allerdings, und das ist der zweite wesentliche Punkt, ist der Wettbewerb keine naturwüchsige Erscheinung. Er ist keineswegs das Ergebnis bloßer wirtschaftlicher Freiheit, des *laissez-faire*. Preisabsprachen, Informationsdefizite bei einzelnen Marktteilnehmern, der Missbrauch von wirtschaftlicher Macht, Kartelle und Monopole sind vielmehr ständige Bedrohungen des Wettbewerbs in einer freien Marktwirtschaft. Es ist deshalb die Aufgabe des Staates, den Wettbewerb durch eine entsprechende Ordnungspolitik zu sichern. Der wirtschaftliche Erfolg des Einzelnen soll nicht durch Mechanismen der Macht bestimmt werden, sondern durch einen fairen Wettbewerb; Eucken spricht in seinen *Grundsätzen* von „Leistungswettbewerb“¹⁷. Und wenn dieses Ziel des Leistungswettbewerbs durch eine entsprechende Ordnungspolitik garantiert ist, dann ist für Eucken und andere Ordoliberalen das Ziel der sozialen Gerechtigkeit bereits weitgehend erreicht.

Ganz in diesem Sinne versteht auch Alfred Müller-Armack den von ihm geprägten Begriff der Sozialen Marktwirtschaft. Er schreibt: „Der *Begriff* der sozialen Marktwirtschaft kann [...] als eine ordnungspolitische Idee definiert werden, deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden.“¹⁸

Das ist nun zugleich der Punkt, an dem jene Kritik von katholischen Sozialwissenschaftlern am Ordoliberalismus ansetzte, die nicht auf bloßer Unkenntnis oder Missverständnis beruhte, wie Röpke gemeint hat. Auch Joseph Höffner, wie gesagt selbst Eucken-Schüler und Kenner der ordoliberalen Theorie, hat diese Kritik immer wieder geäußert, zuletzt auch in besagtem Vortrag aus dem Jahr 1985. Diese Kritik greift eine Formulierung aus der Sozialenzyklika Papst Pius XI. *Quadragesimo Anno* aus dem Jahr 1931 auf.¹⁹ Bei Höffner lautet das so:

¹⁷ Eucken (Anm. 8), 247.

¹⁸ Alfred Müller-Armack, Art. Soziale Marktwirtschaft, in: HdSW, Bd. 9, Stuttgart u. a. 1956, 390-392, hier: 390.

¹⁹ In *Quadragesimo Anno* 88 heißt es: „Das ist der Grundirrtum der individualistischen Wirtschaftswissenschaft, aus dem all ihre Einzelirrtümer sich ableiten: in Vergessenheit oder Verkennung der gesellschaftlichen wie der sittlichen Natur der Wirtschaft glaubte sie, die öffentliche Gewalt habe der Wirtschaft gegenüber nichts anderes

„Obwohl der freie Wettbewerb ‚berechtigt und von zweifellosem Nutzen‘ ist, vermag der Marktmechanismus nicht das regulative Prinzip der Wirtschaft zu sein. Die Wirtschaft ist kein Automat, sondern ein vom geordneten und ordnenden Willen des Menschen zu gestaltender Kulturprozeß. Zum Verfügungsrecht über das Privateigentum, zum Marktmechanismus und zum Streben nach wirtschaftlichem Erfolg muß die soziale Ausrichtung der Wirtschaft treten.“²⁰

Natürlich lässt diese Formulierung einigen Interpretationsspielraum, genauso wie Euckens und Müller-Armacks Formulierung Spielraum lassen. Aber im Großen und Ganzen läuft es darauf hinaus, dass die klassischen Ordoliberalen davon ausgegangen sind, das Ziel sozialer Gerechtigkeit werde im Wesentlichen durch die Herstellung und Garantie einer funktionierenden Wettbewerbsordnung erreicht. Die Vertreter der Katholischen Soziallehre dagegen waren tendenziell skeptischer und haben stärker die Notwendigkeit einer dem Wettbewerb komplementären Sozialpolitik betont.

Nun ist es freilich nicht so, dass die Ordoliberalen jegliche Form von den Markt ergänzender Sozialpolitik abgelehnt hätten. Das tut selbst Hayek nicht, der zumindest die sozialstaatliche Absicherung des Existenzminimums befürwortet. Und die meisten Ordoliberalen gehen deutlich weiter als Hayek, so wie auch Eucken, der zugesteht: „Bei aller Bedeutung, die der Wettbewerbspolitik zukommt, sie reicht nicht aus, um der Problematik des sozialen Lebens durchgängig gerecht zu werden.“²¹ Als wichtige Bereiche der „speziellen Sozialpolitik“²² nennt Eucken die Betriebsverfassung und die Arbeitsmarktverfassung. Er befürwortet auch die von Hayek scharf kritisierte Steuerprogression als Instrument der Einkommenspolitik. Das für Deutschland so wichtige System der staatlich organisierten Sozialversicherung dagegen lehnt er ab. Er plädiert stattdessen für eine private Vorsorge der Arbeitnehmer gegen die Wechselfälle des Lebens.

Auf der Seite der katholischen Sozialwissenschaftler besteht zweifellos von Anfang an eine gegenüber den Ordoliberalen stärkere Tendenz zu staatlicher Sozialpolitik. Nicht selten ist die deutsche Sozialgesetzgebung sogar unmittelbar von Persönlichkeiten geprägt worden, die in der Katholisch-Sozialen Bewegung politisch sozialisiert worden waren. Ich denke

zu tun, als sie frei und ungehindert sich selbst zu überlassen; im Markte, d.h. im freien Wettbewerb, besitze diese ja ihr regulatives Prinzip in sich, durch das sie sich vollkommener selbst reguliere, als das Eingreifen irgendeines geschaffenen Geistes dies je vermöchte. Die Wettbewerbsfreiheit – obwohl innerhalb der gehörigen Grenzen berechtigt und von zweifellosem Nutzen – kann aber unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein.“

²⁰ Höffner (Anm. 2), 25.

²¹ Eucken (Anm. 8), 318.

²² Vgl. Eucken (Anm. 8), 318 ff.

beispielsweise an Heinrich Brauns, der im Kaiserreich Direktor des *Volksvereins für das katholische Deutschland* war und dann von 1920 bis 1928 als Reichsarbeitsminister die Sozialpolitik in der Weimarer Republik maßgeblich mitgestaltet hat. Unter seiner Verantwortung wurden beispielsweise 1920 das Betriebsrätegesetz beschlossen und 1927 die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Und da gibt es schon eine beträchtliche Spannung zum Denken Euckens.

In der Bundesrepublik ist das Bild dann ähnlich uneinheitlich wie bei den Ordoliberalen. Während einige katholische Sozialethiker wie Oswald von Nell-Breuning den starken Ausbau des Sozialstaats befürwortet haben, waren andere weniger euphorisch und haben ihre Skepsis – z.B. bei der Debatte über die überbetriebliche Mitbestimmung – mit ähnlichen Argumenten vorgetragen wie die Ordoliberalen. Höffner gehörte zu diesen eher kritischen Stimmen; hier ist seine ordnungspolitische Sozialisation in den Freiburger Jahren unübersehbar.

Schaut man sich den historischen Befund also an, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass Ralf Dahrendorf nicht ganz falsch, aber auch nicht hundertprozentig richtig lag, als er 2004 meinte: „Wer in Deutschland von Sozialer Marktwirtschaft spricht [...] meint Ludwig Erhard plus katholische Soziallehre, jenes Programm der Unvereinbarkeiten, das die frühe CDU und CSU prägte und in gewissem Maße bis heute prägt, wobei die SPD es nach Bad Godesberg 1960 und mehr noch nach Karl Schiller übernommen hat“.²³

Im Grunde ist diese Entgegensetzung heute aber nur noch von begrenztem Interesse. Sie trägt tatsächlich mehr zum Verständnis der historischen Genese und Entwicklung unserer real existierenden Sozialen Marktwirtschaft bei als zur Klärung der aktuellen Herausforderungen. Die breite Diskussion über die notwendige institutionelle Neugestaltung des Sozialstaats, die wir in den letzten zehn, zwanzig Jahren geführt haben, hat ein neues Bewusstsein dafür geschaffen, dass Ordnungspolitik und Sozialpolitik keine Gegensätze sein müssen. Im Gegenteil: Uns ist klar geworden, dass eine ordnungstheoretisch orientierte Wirtschaftspolitik nur dann politisch vermittelbar ist, wenn zugleich ein starker Sozialstaat erhalten bleibt. Zugleich ist das Bewusstsein dafür gewachsen, dass der Sozialstaat ordnungspolitisch klug ausgestaltet werden muss. Ordnungspolitik und Sozialpolitik sollen einander nicht konterkarieren. Sie sollen aber auch nicht einfach beziehungslos nebeneinander stehen. Sozialpolitik, das ist nicht der Lazarettwagen, der hinter der Wettbewerbsfront die Verwundeten des Verteilungskampfes einsammelt.

²³ Ralf Dahrendorf, *Wie sozial kann die Soziale Marktwirtschaft noch sein?* 3. Ludwig-Erhard-Lecture, Berlin 2004, 13.

In einer Sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts müssen Ordnungspolitik und Sozialpolitik vielmehr ineinander greifen. Wir brauchen eine ordnungspolitisch aufgeklärte Sozialpolitik und eine sozialpolitisch sensible Ordnungspolitik. Wie das aussehen kann, darüber brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte. Und wir als Kirche sind bereit, uns an dieser Debatte zu beteiligen. Auch deswegen bin ich heute gerne Ihrer Einladung nach Freiburg gefolgt. Nach dem gemeinsamen Sozialwort der beiden Kirchen von 1997 und seit der Zeit der Debatte über die Agenda 2010 haben wir in der von mir geleiteten Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz schon oft darüber diskutiert, wie eine solche Verbindung von Ordnungspolitik und Sozialpolitik aussehen könnte. Wir haben uns auch mit verschiedenen Stellungnahmen zu diesem Thema zu Wort gemeldet, zuletzt im Sommer 2011 mit dem Impulstext *Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung*.

Auch auf europäischer Ebene führen wir diese Debatte inzwischen sehr lebhaft. Nachdem durch den Vertrag von Lissabon „eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ als Zielbestimmung in den EU-Vertrag Eingang gefunden hat, muss darüber diskutiert werden, was das auf europäischer Ebene bedeuten kann. Die Kommission der Bischofskonferenzen in der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) hat zu diesem Thema Anfang 2012 eine eigene Erklärung unter dem Titel *Eine europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft* herausgegeben. Als Deutsche haben wir dabei durchaus versucht, den Freiburger Gedanken der Ordnungspolitik einzubringen. Das ist uns auch gelungen. Aber ich sage Ihnen sicher nichts Neues, wenn ich Ihnen aus vielen Diskussionen meine Erfahrung weitergebe, dass für viele unserer europäischen Partner – übrigens auch für manche kirchliche Akteure – das ordnungspolitische Denken recht unvertraut ist, um nicht zu sagen fremd ist. Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Auch darauf müssen wir uns einlassen. Die internationale Finanzmarktkrise und in deren Folge die europäische Staatsschuldenkrise haben uns drastisch vor Augen geführt, wie wichtig eine solche Debatte ist.

Sie sehen also: Ich bin als Freund des ordnungspolitischen Denkens zu Ihnen nach Freiburg gekommen; nicht als unkritischer Freund, aber durchaus als Freund. Schon in meinem früheren Leben als Professor für Christliche Gesellschaftslehre habe ich das Gespräch mit Ordnungs- und Institutionenökonomien immer als sehr fruchtbar für meine eigene sozialetische Arbeit empfunden. Als Ethiker ist man ja nicht nur an der Erkenntnis des Guten und Gerechten interessiert, sondern das Ziel ist ja das gute und gerechte Handeln, die

gute und gerechte Praxis. Das heißt: Es kommt nicht nur auf die Begründung (sozial-)ethischer Normen an, sondern es kommt auch darauf an, wie diese Normen gesellschaftlich implementiert werden können. Und bei der Beantwortung dieser Frage können uns die Ordnungs- und Institutionenökonomik helfen. Karl Homann, dem ich seit meinem Studium in Münster verbunden bin, hat hier eine wirklich verdienstvolle Arbeit geleistet. Im Gespräch mit den Wirtschaftswissenschaften hat er die Sozialethik dafür sensibilisiert, dass ethische Prinzipien anreizkompatibel in der Gesellschaft implementiert werden müssen. Das ist wichtig, damit nicht derjenige, der sich ehrlich und moralisch verhält, am Ende der Dumme ist.

Gleichwohl bin ich skeptisch gegenüber dem Versuch, eine Sozialethik ausschließlich als Ordnungsethik oder Institutionenethik zu konzipieren. Auch Homann ist hier meines Erachtens wohl zu weit gegangen, wenn er meint, der systematische Ort der Moral in einer Marktwirtschaft liege in der Rahmenordnung und innerhalb dieser Rahmenordnung arbeite der Markt „moralfrei“.²⁴ Mit dieser Meinung ist Homann ja keineswegs alleine. Auch viele OrdnungsökonomInnen scheinen mir dieser Ansicht zuzuneigen. Aber auch wenn die Ordnungspolitik für eine Sozialethik wichtig ist, so ist Ordnungspolitik für sich genommen noch keine Ethik. Das wäre zu kurz gesprungen.

Und hier liegt meines Erachtens eine weitere Ursache für allfällige Miss- und Unverständnisse, mit denen manche Ökonomen sozialetischen Stellungnahmen der Kirche begegnen, weil dort der Appell an das Gewissen des Einzelnen nach wie vor eine große Rolle spielt. Aber noch einmal: Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, wirtschaftstheoretische oder wirtschaftspolitische Expertisen vorzulegen. Natürlich wenden wir uns an das Gewissen der Menschen, nicht nur an die Christinnen und Christen, sondern an alle Menschen guten Willens, wie es in den Adressen der Sozialenzykliken immer heißt. Das heißt aber nicht, dass die Kirche die Bedeutung von Institutionen in den hochentwickelten Gesellschaften der globalisierten Welt unterschätzen würde.

Ich persönlich finde, dass man auch an dieser Stelle nicht künstliche Gegensätze konstruieren sollte, wo beim genaueren Hinsehen gar keine sind. Natürlich stimmt es, dass der Einzelne heute unter in vielfältiger Weise institutionell determinierten und sozial geprägten Bedingungen handelt. Aber solche sozialen Strukturen und Institutionen entstehen ja nicht aus dem Nichts, sondern resultieren aus den Handlungen und Präferenzen von Individuen, die

²⁴ Vgl. Karl Homann / Franz Blome-Drees, Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen 1992, 35 f.

sich eben irgendwann zu festeren sozialen Handlungsmustern und Strukturen verdichten. Auf diese Weise unterliegen auch die Institutionen einer Gesellschaft einem steten kulturellen Wandel. Sie sind keine statischen Gebilde, sondern unterliegen ständiger Erneuerung, die durch moralische Intentionen mit gesteuert wird. Und das ist letztlich der Punkt, auf den die Soziallehre der Kirche zielt.

Schluss

Mit diesem Gedanken, dass man keine künstlichen Gegensätze konstruieren sollte, möchte ich schließen. Solche Gegensätze resultieren oft weniger aus tatsächlichen Widersprüchen als vielmehr aus einer Selbstüberschätzung der eigenen Theorie. Als Vertreter der Kirche darf ich das sagen, denn ich sage es natürlich zuallererst auch in selbstkritischer Absicht. Gerade auch auf dem Feld der Soziallehre hat sich die Kirche gelegentlich überhoben, wenn sie etwa versuchen wollte, den „dritten Weg“ zwischen Liberalismus und Sozialismus in einem eigenen Gesellschaftsmodell auszubuchstabieren. Das ist zuletzt 1931 geschehen, als in der Sozialenzyklika *Quadragesimo Anno* das Gesellschaftsmodell der „Berufsständischen Ordnung“ empfohlen wurde. Das ist nicht gutgegangen, und seitdem üben wir in unserer Soziallehre mehr Zurückhaltung. Es geht eben nicht um ein bestimmtes politisches Programm, sondern es geht darum Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter einem bestimmten Blickwinkel zu betrachten, dem Blickwinkel des Evangeliums, das den Gott der Liebe und der Gerechtigkeit bezeugt.

Selbstüberschätzung und Verabsolutierung des eigenen Denkens sind allerdings keineswegs Gefahren, denen nur wir in der Kirche bisweilen erlegen sind. Auch in der Wissenschaft zeigt sich diese allgemeinmenschliche Schwäche immer wieder; und auch hier widerspricht sie besonders offensichtlich der ursprünglichen Idee von Wissenschaft. Als Gegenmittel zur Immunisierung gegenüber dieser Schwäche empfehle ich die christliche Tugend der Demut, besonders den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die heute hier bei uns sind. Tun Sie, was Sie tun mit Leidenschaft. Das ist gut so. Seien Sie überzeugte Ordnungstheoretiker. Auch das ist gut so. Aber machen Sie daraus keine Ideologie. Seien Sie sich immer auch Ihrer Grenzen und der Grenzen Ihres Faches bewusst. Niemand hat einen Masterplan zur Gestaltung dieser Welt. Suchen Sie deshalb immer den Dialog mit Andersdenkenden, bleiben Sie immer im intellektuellen Austausch mit den anderen sozialwissenschaftlichen Denkansätzen und den vielfältigen sozialen Realitäten in unserer

Welt. So werden Sie das ordnungspolitische Denken, das wir heute so dringend brauchen, gerade auch auf internationaler Ebene, lebendig erhalten und weiter entwickeln.